

lang wie eine dunkle Wolke den Weltfrieden bedrohte, war man sich deshalb sofort klar, welche Stellung man einzunehmen hatte. Auch bei dieser Gelegenheit war es Herr v. Holstein, der die Richtlinien der deutschen Politik bestimmte. Er hatte sie schon im Juni 1899, also vier Monate vor dem vom Präsidenten Krüger an die englische Regierung gerichteten und von dieser schroff abgelehnten Ultimatum — Präsident Krüger hatte von England verlangt, daß es anerkenne, keine Souveränität über Transvaal zu besitzen — in einer Aufzeichnung niedergelegt, von deren Ratschlägen trotz aller Versuche, die von seiten des Zweibundes an Deutschland herantreten, während der ganzen Dauer des Burenkrieges nicht um eines Haares Breite abgewichen wurde. Schon bevor diese Richtlinien festgelegt wurden, hatte Staatssekretär v. Bülow nicht direkt, sondern, um in Pretoria kein Mißtrauen zu erregen, durch die niederländische Regierung den Präsidenten Krüger auf die große Gefahr aufmerksam machen lassen,¹ die Transvaal für den Fall bedrohte, daß es in der Frage der Witlander, denen man die politischen Rechte versagte,² keine Konzessionen machte. Schon dadurch hatte die deutsche Regierung bewiesen, wieviel ihr an der Erhaltung des Friedens lag. Sie hatte, um auch in London keinen Verdacht zu erregen, der englischen Regierung von diesem Schritt Mitteilung gemacht, und Lord Salisbury hatte dem Reichskanzler seinen Dank dafür aussprechen lassen.³

1) Akten Bd. XV, S. 369/70, Nr. 4357—4359.

2) Die Witlander waren zum größten Teil in Transvaal ansässige Engländer. Sie sollten erst nach fünfzehn Jahren das Bürgerrecht erwerben.

3) Akten Bd. XV, S. 370, Nr. 4360 u. 4361.